



Zusammenfassung der VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 21. Mai 2017

Anke Tresch, Florence Lebert, Laura Scaperrotta und Lukas Lauener, FORS
unter Mitarbeit von Thomas Milic, ZDA, Georg Lutz und Oliver Lipps, FORS

Lausanne, Aarau 06.07.2017

Energiegesetz: Bekenntnis zu Atomausstieg und Umweltschutz

Das Ja zum Energiegesetz kann als klares Bekenntnis zu Atomausstieg und Umweltschutz gewertet werden. Bei den Befürwortenden waren die Ablehnung der Atomenergie und umweltpolitische Gründe ausschlaggebend für den Stimmentscheid. Für die Nein-Stimmenden waren Kosten und Bedenken zur Versorgungssicherheit die häufigsten Ablehnungsgründe. Diese Einwände verfangen bei den Befürwortenden aber zu wenig, um das Energiegesetz zu gefährden. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'518 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2017. Die Studie wurde vom Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS, dem Zentrum für Demokratie Aarau ZDA und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Zweifel an der Atomenergie und die Sorge um die Umwelt führten am 21. Mai 2017 zu einem Ja zum Energiegesetz. Seit dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima stösst die Atomenergie in der Schweiz auf breite Ablehnung: Rund drei Viertel der Stimmenden wünschen sich eine Schweiz ohne Atomenergie. War die Atomausstiegsinitiative im November 2016 hauptsächlich am vorgegebenen Zeitplan gescheitert, zeigten sich nun 78 Prozent der Stimmenden von der Machbarkeit des Atomausstiegs in dem von der Energiestrategie 2050 angepeilten Zeitrahmen überzeugt. Diese Personen unterstützten das Energiegesetz mit einer Zweidrittelmehrheit.

38 Prozent der Ja-Stimmenden bezeichneten ihren Wunsch zum Atomausstieg sowie diverse Zweifel an der Atomenergie (z.B. Sicherheitsbedenken, Atommüll) als Hauptgrund für ihre Zustimmung zum Energiegesetz. Für ein weiteres Drittel der Befürwortenden standen umweltpolitische Überlegungen im Vordergrund, darunter die Förderung erneuerbarer Energien. Unter den Gegnerinnen und Gegnern des Energiegesetzes dominierte die Angst vor Mehrkosten und Versorgungsengpässen. Konsequenzen für Arbeitsplätze und die Wirtschaft haben für die Stimmenden eine geringe Rolle gespielt, obwohl diese Aspekte in der Abstimmungskampagne von beiden Lagern betont wurden.

Die Stimmenden haben dem Energiegesetz eine relativ hohe Bedeutung beigemessen. Am wichtigsten war die Vorlage für die Anhängerschaften des links-grünen Lagers, welche auch am wenigsten Mühe bei der Meinungsbildung bekundeten. Für Sympathisierende des rechten Lagers war die Abstimmung dagegen weniger wichtig. Anhängerinnen und Anhänger der SVP sprachen ihr nicht nur die vergleichsweise geringste Bedeutung zu, sie nahmen auch am wenigsten daran teil. Das links-grüne Lager stimmte beinahe geschlossen für das Energiegesetz, während die Ablehnung der SVP-Gefolgschaft ebenso deutlich war.

Die FDP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten waren in etwa zwei gleich grosse Lager gespalten. Mit einem Ja-Stimmenanteil von 63 Prozent haben sich Personen, die sich der CVP nahe fühlen, sowie Parteiunabhängige klar für das Energiegesetz ausgesprochen.

Zitierweise: Anke Tresch, Florence Lebert, Laura Scaperrotta und Lukas Lauener (2017). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 21. Mai 2017*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Alle VOTO-Studien auf: www.voto.swiss

Die Abstimmungsvorlage

An der Abstimmung vom 21. Mai 2017 hatte das Schweizer Stimmvolk über das revidierte Energiegesetz zu befinden. Dieses erste Massnahmenpaket zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 wurde vom Stimmvolk mit einem Ja-Anteil von 58.2% gutgeheissen.